

Erkelenzer Volkszeitung

xx.03.1965

CDU-Beitrag zur Schulfrage:

Der Weg sollte keine Rolle spielen

Evangelische Schule als Beispiel – Und erst die Sonderschule?

Erkelenz. — Die Mehrheit der in einer Versammlung anwesenden Mitglieder der CDU gab am Freitag in Erkelenz zu erkennen, daß sie den Plänen zu einer Neuordnung des Volksschulwesens in der Kreisstadt positiv gegenübersteht. Bemerkenswert war vor allem, daß auch Teilnehmer aus den Außenbezirken der Stadt, um die es bei den genannten Plänen in erster Linie geht, ihre Zustimmung bekundeten.

Aus den Diskussionen klang die Ueberzeugung, daß der vorgesehene Weg (schrittweise Ueberführung der oberen Schulklassen von den Dorfschulen nach Erkelenz) gangbar ist. Bester Beweis dafür sei die evangelische Schule, die nur einen einzigen Schulbezirk in ganz Erkelenz bilde und deren Kinder sogar schon vom ersten Schuljahre an aus den entferntesten Außenbezirken nach Erkelenz zur Schule müßten. Wenn jetzt noch davon die Rede sei, daß ein Schulomnibus eingesetzt werde, so dürfe der Schulweg bei der geplanten Neuerung keine Rolle mehr spielen.

Stadtdirektor Jost, der als Gast an der Versammlung teilnahm, gab als seine persönliche Meinung zu verstehen, daß im Vordergrund aller Ueberlegungen das Kind stehen solle. In diesem Zusammenhang ließ eine Bemerkung aufhorchen, daß die Außenorte der Stadt für die weiterführenden Schulen „unterentwickeltes Gebiet“ seien. Studienrat Krings machte darauf aufmerksam, daß aus allen Außenorten zusammen nicht einmal zehn Kinder das Erkelenzer Gymnasium besuchen. Bei den wenigen, die dennoch nach Erkelenz gingen, handele es sich in der Hauptsache um die Kinder der Lehrer.

Nicht gegen den Willen der Eltern

Trotzdem wurde betont, daß nach Möglichkeit keine Aenderung ohne die Zustimmung der angesprochenen Eltern erfolgen solle. Um diese Zustimmung zu erhalten, sollen die Eltern zunächst einmal über alle Auswirkungen der geplanten Maßnahmen aufgeklärt werden. Dazu gehöre auch die Frage des Englischunterrichts in der Volksschule und des neunten Schuljahres, die bei den bisherigen Erörterungen in den Außenorten nicht genügend berücksichtigt worden sei. Als unverständlich wurde der wiederholt gehörte Hinweis bezeichnet, den Kindern seien „so weite“ Schulwege nicht zumuten. Wenn das stimme, dann könne man auch keine Sonderschulen einrichten, zu denen sogar gesundheitlich gehemmte Kinder über weite Strecken fahren müßten.

Der Aussprache über die Volksschulen waren eine längere Diskussion über verschiedene Themen und ein grundlegendes Referat von Studienrat Krings über die Arbeit der CDU im Jahre 1965 vorausgegangen.

Teamwork im Rat der Stadt

Krings zählte einen langen Aufgaben-

katalog der Stadt für das Jahr 1965 auf und erklärte, daß die vielen Probleme im Rat nur bei intensiver Mitarbeit eines jeden gewählten Vertreters gelöst werden könnten. Die CDU-Fraktion wolle sich deshalb bemühen, zu einem Teamwork zu gelangen, bei dem jedem einzelnen Ratsvertreter spezielle Aufgaben zugewiesen werden sollen. Die notwendigen Anregungen aus dem Mitgliederkreis sollen die Ratsherren in regelmäßigen Versammlungen erhalten, die in Zukunft alle vier Wochen vorgesehen sind. Umgekehrt, so hieß es in der anschließenden Aussprache, würden die Mitglieder bei öfteren Versammlungen einen Eindruck gewinnen, wer von ihren gewählten Vertretern an einem solchen Gedankenaustausch wirklich interessiert ist. Die Aufstellung von Wahlkandidaten, denen dieses Interesse fehlte, sollte in Zukunft ausgeschlossen sein.

Auch um einen engeren Kontakt zu den nicht der Partei angehörenden Wählern sollen sich die Ratsherren der CDU bemühen. Krings wies eine Anzahl von Wegen auf, die diesen an sich selbstverständlichen Kontakt zu fördern geeignet sind und bat

schließlich, alles daran zu setzen, daß die Junge Union in Erkelenz wieder arbeitsfähig wird.

Grundeigentum verpflichtet

Eines der anschließend in der Diskussion besprochenen Einzelthemen war die Frage, wie die zur Zeit bereits fertig vorliegenden Bebauungspläne der Stadt verwirklicht werden können. Gemeint waren Bebauungspläne, die bisher wirkungslos geblieben sind, weil das betreffende Gebiet sich ganz oder zum überwiegenden Teil in der Hand eines einzigen Eigentümers befindet, der nicht bereit ist, sein zum Bauland aufgewertetes früheres Ackerland zu tragbaren Preisen abzugeben. Die hierzu ausgesprochenen Empfehlungen reichten von einem Appell an den guten Willen bis zu dem Rat, die in den Plänen festgelegten Straßen auszubauen und auf diese Weise eine wirtschaftliche Nutzung der Bebauungsflächen in jedem erdenklichen Maße zu erschweren. In einer Stadt, in der die Nachfrage nach Bauland so groß ist wie in Erkelenz, bedeute Eigentum erst recht eine Verpflichtung.